

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

## Konjunktur verliert an Fahrt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wohlers, Eckhardt (1998) : Konjunktur verliert an Fahrt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 12, pp. 750-756

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40066>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Eckhardt Wohlers

## Konjunktur verliert an Fahrt

*Die deutsche Wirtschaft leidet zunehmend an der Verschlechterung ihres weltwirtschaftlichen Umfeldes. Welche Auswirkungen auf die Konjunktur sind in den nächsten Jahren von der Entwicklung in den Krisenregionen zu erwarten?*

*Wie entwickeln sich die monetären Rahmenbedingungen? Welche Impulse gehen von der Finanzpolitik der neuen deutschen Bundesregierung aus?*

Die Konjunktur hat in Deutschland in der zweiten Hälfte dieses Jahres an Fahrt verloren. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im dritten Quartal zwar nochmals spürbar. In der Industrie hat sich der Produktionsanstieg aber bereits abgeflacht; die Auftragseingänge waren zuletzt sogar rückläufig (vgl. Schaubild 1). Ausschlaggebend dafür waren die Auswirkungen der Finanz- und Währungskrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika. In den letzten Monaten dürften zudem Irritationen über den finanzpolitischen Kurs der neuen Regierung zur Eintrübung des Konjunkturklimas beigetragen haben.

Die Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfeldes hinterläßt deutliche Bremsspuren im Export. Die Ausfuhren in die südostasiatischen Schwellenländer sind seit dem Beginn der Turbulenzen im Spätsommer 1997 um rund ein Drittel geschrumpft, bei den Lieferungen nach Japan hat sich die Abwärtstendenz im Laufe dieses Jahres verstärkt, und seit der Jahresmitte sind auch die Lieferungen nach Rußland eingebrochen. Lediglich die Exporte nach Lateinamerika sind weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet. Die Einbußen im Handel mit den Krisenländern wurden zunächst durch Impulse aus dem europäischen Raum weitgehend kompensiert. Diese lassen seit dem Sommer aber ebenfalls nach, so daß die Ausfuhr in den letzten Monaten saisonbereinigt sogar insgesamt zurückging.

### **Binnenkonjunktur noch relativ robust**

Trotz zunehmender außenwirtschaftlicher Belastungen hat sich die Binnenkonjunktur, gestützt durch die

günstigen monetären Rahmenbedingungen, bisher als relativ robust erwiesen. So wurden die Investitionen bis in den Herbst hinein kräftig ausgeweitet; die Eintrübung der Absatz- und Gewinnerwartungen im Export wurden durch günstigere Aussichten im Inlandsabsatz und die niedrigen Zinsen weitgehend wettgemacht. Der private Verbrauch wurde mit steigender Beschäftigung im Laufe dieses Jahres verstärkt ausgeweitet. Dagegen waren die Bauinvestitionen in der Grundtendenz weiterhin abwärtsgerichtet; die Auftragseingänge sind in diesem Jahr aber wieder gestiegen. In der letzten Zeit gibt es allerdings auch bei der Binnennachfrage in einigen Bereichen Anzeichen für eine leichte Verlangsamung der Expansion.

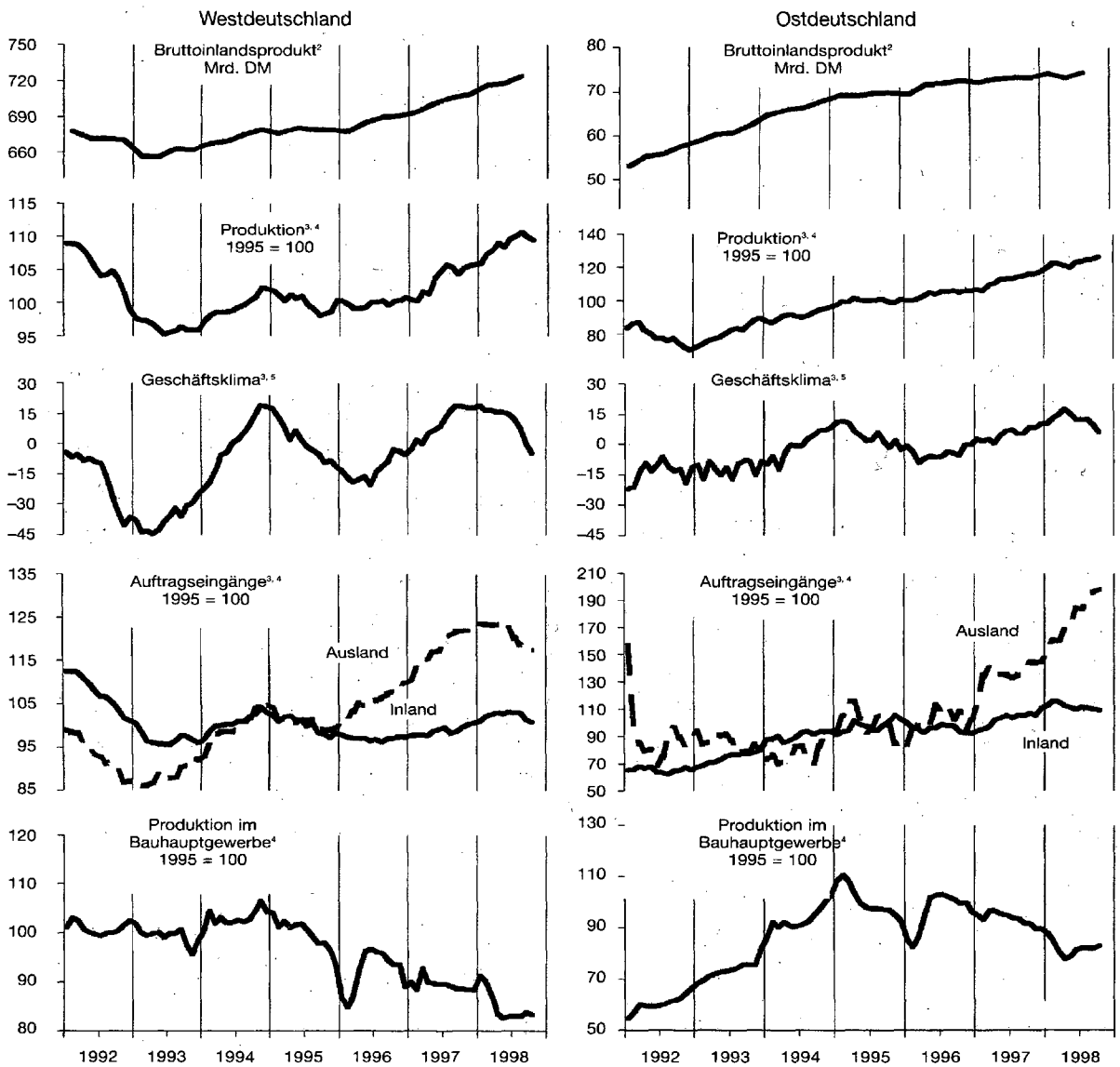
Nach wie vor ist die wirtschaftliche Erholung in Westdeutschland ausgeprägter als in Ostdeutschland. Ausschlaggebend dafür ist die ungünstige Entwicklung im Baugewerbe, das in den neuen Bundesländern ein deutlich größeres Gewicht hat als in den alten. Die Bauinvestitionen sind in Ostdeutschland in diesem Jahr dreimal so stark zurückgegangen wie im Westen. Dagegen ist die Produktion im industriellen Bereich bis in den Herbst hinein anhaltend kräftig gestiegen; in den ersten drei Quartalen war sie um rund ein Zehntel höher als ein Jahr zuvor. Offenbar ist in der Industrie der Aufholprozeß inzwischen so weit vorangekommen, daß sich hier eine von endogenen Kräften getragene Aufwärtsentwicklung herauszubilden beginnt.

Die konjunkturelle Expansion findet ihren Niederschlag auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist bis in den Herbst hinein gestiegen, und die Zahl der Arbeitslosen sank deutlich (vgl. Schaubild 2); im Oktober war sie saisonbereinigt um rund 360 000 niedriger als am Jahresbeginn. Nahezu die Hälfte des Rückgangs entfiel dabei auf die neuen Bundesländer. Dort ist die Verbesserung der Be-

---

*Dr. Eckhardt Wohlers, 55, ist Leiter der Abteilung Konjunktur, Geld und öffentliche Finanzen im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg.*

Schaubild 1  
Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigung nach ASA II (HWWA-Version). <sup>2</sup> In Preisen von 1991, Vierteljahreswerte. <sup>3</sup> Verarbeitendes Gewerbe. <sup>4</sup> Dreimonatsdurchschnitte. <sup>5</sup> Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ifo Institut; eigene Berechnungen.

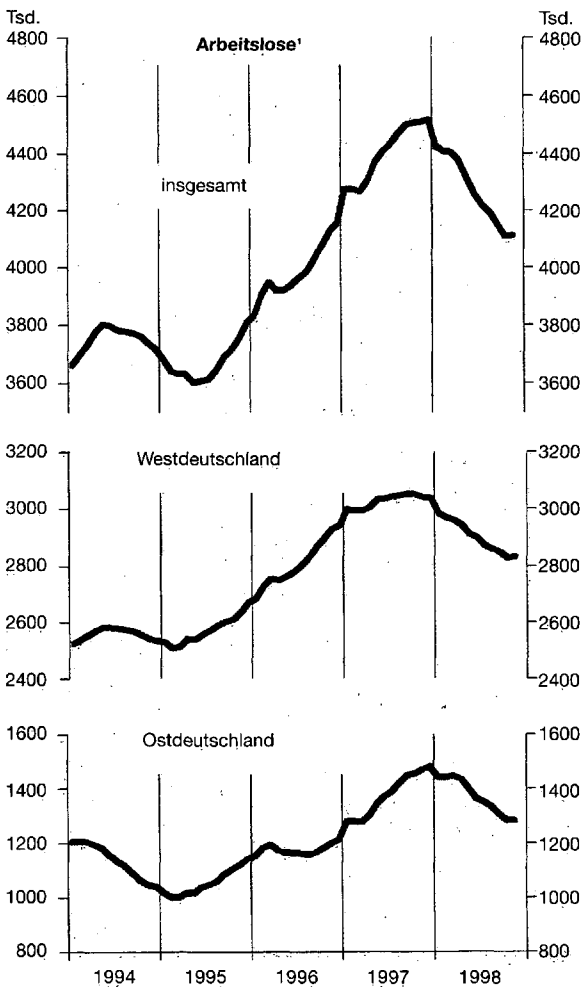
schäftigungssituation allerdings allein Folge der kräftigen Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen; die Zahl der in solchen Maßnahmen Beschäftigten erhöhte sich seit Jahresbeginn um reichlich 200 000. Eine Wende am Arbeitsmarkt ist somit lediglich für Westdeutschland zu konstatieren.

#### Erhebliche außenwirtschaftliche Risiken

Die Krise in den südostasiatischen Schwellenländern ist erheblich tiefer und zieht sich länger hin als

erwartet<sup>1</sup>. Ihre Überwindung wird durch die Rezession in Japan erschwert, die ihrerseits wiederum durch den Einbruch in den Nachbarländern genährt wird. Der Produktionseinbruch in Asien hat überdies zu einem Preisdruck auf den internationalen Rohstoffmärkten geführt und damit auch andere Entwicklungs- und Schwellenländer in Mitleidenschaft gezogen. So haben sinkende Rohstoffpreise, das gestiegene Risiko von Kapitalanlagen und damit einhergehende Kapitalabflüsse in den „emerging markets“ maßgeblich zur

**Schaubild 2**  
**Entwicklung der Arbeitslosigkeit<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Saisonbereinigte Monatswerte.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

labilen Situation in Lateinamerika und zur Zuspitzung der Lage in Rußland beigetragen.

Zwar gibt es in einer Reihe von südostasiatischen Schwellenländern Anzeichen für eine gewisse Stabilisierung<sup>2</sup>. So hat sich vielfach der Produktionsrückgang deutlich abgeflacht, das hohe Zinsniveau beginnt wieder abzubrockeln, und die Währungen der meisten Krisenländer haben sich ungeachtet der

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1998, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Institut für Konjunkturforschung); HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg; ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; HWWA-Report Nr. 185, S. 7 ff.

Turbulenzen in den anderen Krisenregionen in diesem Jahr wieder etwas gefestigt. In Lateinamerika, wo die strukturellen Probleme und Verwerfungen ohnehin geringer waren als etwa in Asien, deutet sich als Folge des internationalen Hilfspakets für Brasilien eine leichte Entspannung an. Zudem hat sich durch die Zinssenkungen in den USA und in Europa die Lage an den internationalen Finanzmärkten etwas beruhigt. Für Rußland bleiben zwar die Aussichten trübe, die Krise dort ist jedoch wegen der noch geringen Integration Rußlands in die Weltwirtschaft weit mehr als in den anderen Krisenländern ein regional begrenztes Phänomen. Gleichwohl bleibt die Verfassung der Weltwirtschaft weiterhin labil<sup>3</sup>.

Doch selbst wenn – wie hier – keine neuerliche Verschärfung der Lage unterstellt wird, bleiben die Aussichten für den Export gedrückt. Die Krise in Asien wird die Importe der betroffenen Länder noch geraume Zeit beeinträchtigen, und auch bei einer allmählichen Besserung im Laufe des kommenden Jahres sind von dort zunächst keine großen Nachfrageimpulse zu erwarten. In Lateinamerika werden zunehmende Konsolidierungsanstrengungen, hohe Zinsen und gedrückte Exporterlöse die Nachfrage und damit auch die Einfuhr verstärkt dämpfen. Überdies hat sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter als Folge der Verschiebungen in den Währungsrelationen gegenüber Konkurrenten aus Asien und aus dem Dollarraum spürbar verschlechtert. In Europa ist die Wettbewerbsposition zwar nach wie vor gut; gegenüber Konkurrenten aus dem Euro-Raum dürfte sie sich dank einer vergleichsweise moderaten Lohnentwicklung sogar nochmals verbessern. Auch werden sich in den meisten europäischen Ländern die Auswirkungen der Finanz- und Währungskrisen in Grenzen halten<sup>4</sup>. Gleichwohl werden auch hier die Perspektiven für die deutsche Ausfuhr ungünstiger, da die Konjunktur zumindest vorübergehend an Fahrt verlieren wird. Alles in allem ist somit beim Export mit einer deutlichen Abschwächung der Expansion zu rechnen.

### Günstiger monetärer Rahmen

Gestützt wird die Konjunktur in Deutschland nach wie vor durch die günstigen monetären Rahmenbedingungen. Sie haben sich im Gefolge der Finanz-

<sup>2</sup> Vgl. dazu das Konjunkturschlaglicht auf S 756.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Günter Weinert: Labile Weltwirtschaft, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 78. Jg. (1998), H. 11, S. 636.

<sup>4</sup> Eine ausführliche Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung folgt im nächsten Konjunkturforum in der Januar-Ausgabe 1999 des WIRTSCHAFTSDIENST.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	Deutschland				Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1996	1997	1998 <sup>1</sup>	1999	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,3	2,2	2,7	2,1	1,1	2,3	2,8	2,0	3,2	1,7	1,7	2,4
Privater Verbrauch	-1,6	0,5	1,4	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsverbrauch	2,7	-0,7	0,0	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausrüstungen	1,9	3,9	8,6	4,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Bauten	-3,1	-2,5	-4,0	1,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Inlandsnachfrage	0,7	1,4	2,5	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausfuhr	5,1	11,1	6,3	2,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Einfuhr	2,9	8,1	5,8	3,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Erwerbstätige <sup>2</sup>	-1,3	-1,3	0,1	0,3	-1,1	-1,0	0,2	0,3	-2,0	-3,0	-0,4	0,0
Arbeitslose (1000 Personen)	3965	4384	4273	4105	2796	3021	2902	2784	1169	1364	1371	1321
Arbeitslosenquote <sup>3</sup> (in %)	10,3	11,4	11,2	10,8	9,0	9,8	9,4	9,0	15,7	18,3	18,5	17,9
Verbraucherpreise <sup>4</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	1,8	1,0	1,5	1,4	1,7	0,9	1,5	2,3	2,0	1,2	1,5
Finanzierungssaldo des Staates <sup>5</sup> (in % des BIP)	-3,5	-2,7	-2,0	-1,8	-	-	-	-	-	-	-	-
Leistungsbilanzsaldo <sup>6</sup> (Mrd. DM)	-20,7	-6,9	5,0	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-

<sup>1</sup> In Preisen von 1991. <sup>2</sup> Im Inland. <sup>3</sup> Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept), West- und Ostdeutschland; Arbeitslose in % der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortkonzept). <sup>4</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. <sup>5</sup> In der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). <sup>6</sup> In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

und Währungskrisen sogar nochmals verbessert. So ist der Kapitalmarktzins wegen der drastisch gesunkenen Kapitalnachfrage in Asien und der Verlagerung von Kapital aus Emerging markets in „sichere Häfen“ in Europa und den USA deutlich gesunken. Nach der amerikanischen Notenbank haben nun auch die Zentralbanken der EWU-Länder im Rahmen einer konzertierten Aktion ihre Zinsen auf 3% – Italien auf 3,5% – zurückgenommen und damit gleichzeitig die Marke für den Zinssatz gesetzt, mit dem die gemeinsame Geldpolitik in der Währungsunion starten wird.

Angesichts der nach wie vor erheblichen weltwirtschaftlichen Risiken und des ruhigen Preisklimas ist eine Änderung bei den kurzfristigen Zinsen vorerst wenig wahrscheinlich; bei der Prognose wird für 1999 weitgehende Konstanz unterstellt. Bei den langfristigen Zinsen könnte es im späteren Jahresverlauf als Folge einer Stabilisierung in Asien und damit einhergehenden Rückverlagerungen von Kapital zu leichten Zinssteigerungen kommen. Alles in allem werden aber die monetären Rahmenbedingungen günstig bleiben und die Konjunktur stützen.

In der Finanzpolitik ist zwar davon auszugehen, daß auch die neue Regierung im Grundsatz am Konsoli-

dierungskurs festhalten wird. Es werden aber insbesondere im Rahmen der Steuerpolitik andere Akzente gesetzt. So sollen bereits ab Anfang 1999 im Rahmen der ersten Stufe der geplanten Steuerreform Familien mit Kindern und Haushalte mit niedrigem Einkommen steuerlich entlastet werden. Dies soll allerdings aufkommensneutral erfolgen. Wegen der Vielzahl der vorgesehenen, teilweise gegensätzlichen und in der Ausgestaltung zum Teil noch offenen Maßnahmen ist die Finanzpolitik in ihrer Wirkung nur schwer abzuschätzen; hier wird erwartet, daß sie 1999 allenfalls leicht expansiv sein wird<sup>5</sup>.

Die Lohnpolitik hat durch moderate Lohnabschlüsse zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt beigetragen und so die Binnennachfrage gestützt. Angesichts der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit ist trotz des von einigen Gewerkschaften verkündeten „Endes

<sup>5</sup> Dabei ist unterstellt, daß die noch von der früheren Regierung verabschiedete Erhöhung des Grundfreibetrages in der Einkommensteuer beibehalten, das Kindergeld ab Januar 1999 erhöht und die erste Stufe der Steuerreform wie im Gesetzentwurf vom November 1998 vorgesehen umgesetzt wird. Überdies wird von einer Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung auf 19,5% ab Anfang April, finanziert durch eine Erhöhung von Energiesteuern, ausgegangen.

der Bescheidenheit“ vorerst nicht mit einer grundlegenden Wende zu rechnen. Gleichwohl dürfte sich der Lohnanstieg im kommenden Jahr etwas verstärken.

### Zeitweilige Abkühlung der Konjunktur

Als Folge des verschlechterten weltwirtschaftlichen Umfeldes wird der Export weiter an Fahrt verlieren; eine Besserung ist erst zu erwarten, wenn sich – wie hier angenommen – im Laufe des nächsten Jahres die Lage in Asien und Lateinamerika stabilisiert und von dieser Seite her die retardierenden Effekte allmählich nachlassen. Auch werden von den außenwirtschaftlichen Belastungen dämpfende Einflüsse auf die Binnennachfrage ausgehen; so ist eine gewisse Beeinträchtigung der Investitionsneigung zu erwarten. Aufgrund der weiterhin günstigen monetären Rahmenbedingungen erscheint aber ein Abgleiten in eine Rezession als wenig wahrscheinlich. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt 1999 um 2% steigen, nach 2,7% in diesem Jahr (vgl. Tabelle). Das ist etwas weniger als von den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrem Herbstgutachten prognostiziert. Ausschlaggebend dafür sind stärkere Einbußen im Export; hinzu kommt ein gewisser Attentismus im Unternehmenssektor als Folge der Verunsicherung über den finanzpolitischen Kurs der neuen Regierung. Die Beschäftigung wird unter diesen Bedingungen 1999 nur mäßig zunehmen; die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt auf 4,1 Millionen zurückgehen. Angesichts der labilen Verfassung der Weltwirtschaft ist die Prognose allerdings mit erheblichen Risiken behaftet.

Ein Ausblick auf das Jahr 2000 kann allenfalls erste Anhaltspunkte über mögliche Entwicklungstendenzen geben. Für die Prognose wird folgendes angenommen: In den Krisenregionen kommt es zu einer leichten Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, so daß von dieser Seite her die Belastungen für die Weltwirtschaft geringer werden. In Europa verstärkt sich die konjunkturelle Expansion wieder. Sie bleibt aber weitgehend spannungsfrei, so daß allenfalls leichte Zinssteigerungen zu erwarten sind. Die Steuerreform wird in der im Gesetzentwurf vom November vorgesehenen Form umgesetzt. Der Lohnanstieg verstärkt sich etwas, die Lohnstückkosten steigen aber nur moderat. Unter diesen Bedingungen ist im Jahre 2000 in Deutschland eine leichte Beschleunigung der kon-

junkturrellen Expansion zu erwarten; das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 2½ bis 3% steigen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich aber nur zögernd bessern; die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt nur wenig unter 4 Millionen sinken.

### Irritationen durch Finanzpolitik

Angesichts der anhaltenden außenwirtschaftlichen Belastungen ist der Ruf nach Zinssenkungen trotz der jüngsten Zinsschritte der Notenbanken der EWU-Länder nicht verstummt. Die Geldpolitik wirkt im EWU-Raum insgesamt aber bereits expansiv. Zusätzliche Impulse für die Investitionstätigkeit wären von weiteren Zinssenkungen kaum zu erwarten. In Deutschland wie auch in anderen EWU-Ländern hat die geringe Wachstumsdynamik überdies ihre Ursachen überwiegend auf der Angebotsseite der Wirtschaft. Zur Lösung von strukturellen Problemen oder als Ersatz für Versäumnisse in der Finanzpolitik sind Zinssenkungen ein untaugliches Mittel, sie könnten bestenfalls kurzfristig eine gewisse Entlastung bringen. Sie bergen aber die Gefahr eines monetären „Überschießens“ mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Preisklima.

Erhebliche Irritationen gibt es gegenwärtig über den Kurs der Finanzpolitik. Die vorgesehene dreistufige Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei Senkung der Steuersätze und eine Nettoentlastung der Steuerzahler vorsieht, geht zwar im Ansatz in die richtige Richtung. In der vorliegenden Form ist sie aber kaum geeignet, das angestrebte Ziel, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, zu erreichen. Die Nettoentlastung fällt mit 15 Mrd. DM bzw. 0,4% des Bruttoinlandsprodukts relativ bescheiden aus<sup>6</sup>, zudem ist sie erst für das Jahr 2002 vorgesehen. Eine raschere und stärkere Entlastung wäre durchaus möglich. Dies gilt um so mehr, wenn bei der „Gegenfinanzierung“ auch die Ausgaben einbezogen würden; so würde etwa eine Beschneidung der Subventionen den Spielraum erheblich vergrößern.

Nach dem bisher vorliegenden Gesetzentwurf werden die Unternehmen durch die Steuerreform insgesamt eher be- als entlastet. Überdies werden die bereits in der ersten Stufe im Jahre 1999 vorgesehenen Erleichterungen für private Haushalte wegen der Aufkommensneutralität quasi von den Unternehmen „vorfinanziert“. Unter diesen Umständen sind von den bisherigen Steuerreformplänen zunächst eher dämpfende Einflüsse auf die Investitionsneigung zu erwarten; der von der Entlastung der Haushalte erhoffte

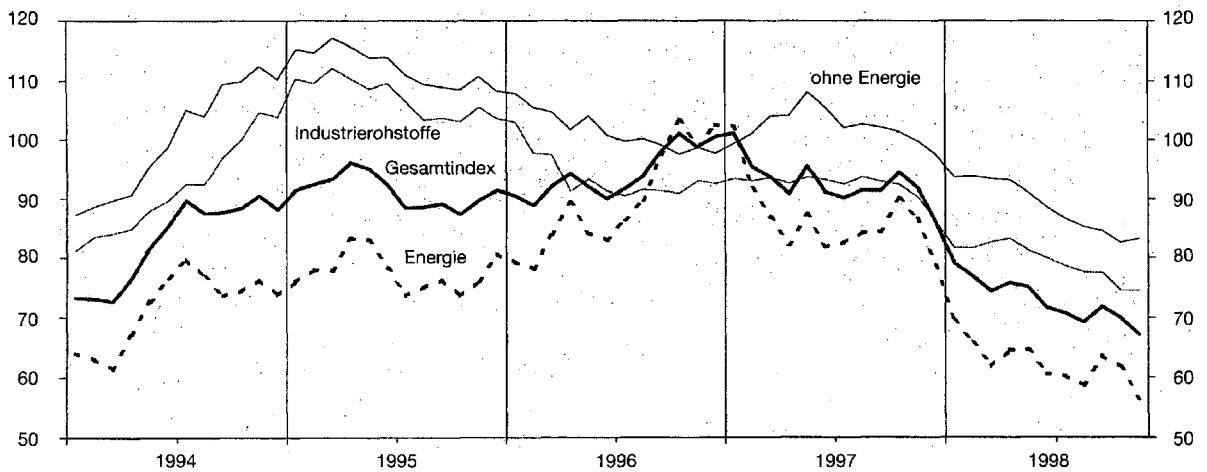
<sup>6</sup> Die dreistufige Steuerreform der Jahre 1986-90 brachte das Fünffache an Entlastung.

„Konsumstoß“ dürfte ohne große Wirkung bleiben. Das im Gesetzentwurf vorgesehene Versprechen einer Reform der Unternehmensbesteuerung mit einem einheitlichen Steuersatz von höchstens 35% ist wenig geeignet, Attentismus abzubauen, da hier ebenfalls ein Finanzierungsvorbehalt besteht.

Auch gegen den „Einstieg in eine ökologische Steuerreform“ gibt es Vorbehalte. Bei der bisher geplanten Umfinanzierung von Sozialabgaben durch Energiesteuern bleibt die ökologische „Dividende“ wegen der großzügigen Ausnahmeregelungen weitgehend auf der Strecke. Positive Beschäftigungseffekte sind allenfalls langfristig zu erwarten. Kurzfristig könnte sich sogar eine Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ergeben, etwa wenn die Belastungen der privaten Haushalte durch die Energieverteuerung stärker ausfällt als die Entlastung durch geringere Sozialbeiträge.

Fraglich ist, ob mit dem angestrebten „Bündnis für Arbeit“ eine nachhaltige Besserung der Lage am Arbeitsmarkt erreicht werden kann. Quantitative Zusagen über Beschäftigungssteigerungen können von Gesprächen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht erwartet werden, schon weil ihre Einhaltung von den Unternehmensverbänden nicht garantiert werden kann. Dies gilt auch für den Abbau von Überstunden. Solche Gespräche können lediglich dazu dienen, die aus der Sicht der Beteiligten notwendigen Schritte zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu diskutieren und Einigungsmöglichkeiten auf solchen Feldern auszuloten, wo – wie etwa beim Flächentarifvertrag – zentrale Absprachen möglich erscheinen. Dabei macht es wenig Sinn, bestimmte Bereiche wie etwa die Tarifpolitik von vornherein auszuschließen. Auch sollte der Rahmen nicht zu weit gesteckt werden. Sonst würde die Wiederauflage des „Bündnis für Arbeit“ letztlich ebenfalls ergebnislos enden.

**HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe**



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

HWWA-Index mit Untergruppen <sup>a</sup>	1997	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	Sep. 98	Okt. 98	Nov. 98
Gesamtindex	92,7 (-1,7)	75,0 (-21,5)	71,6 (-21,4)	70,7 (-21,6)	69,2 (-24,3)	71,8 (-21,5)	69,9 (-26,0)	67,0 (-27,0)
Gesamtindex, ohne Energie	102,3 (0,8)	91,0 (-15,8)	88,6 (-15,9)	86,7 (-15,1)	85,3 (-16,8)	84,6 (-17,2)	82,5 (-18,5)	83,2 (-16,6)
Nahrungs- und Genußmittel	132,0 (12,5)	120,2 (-20,4)	114,4 (-19,2)	110,6 (-15,2)	108,5 (-16,0)	105,6 (-18,3)	106,3 (-16,8)	109,0 (-14,7)
Industrierohstoffe	92,3 (-1,5)	81,2 (-13,3)	79,9 (-14,2)	78,6 (-15,0)	77,6 (-17,2)	77,5 (-16,6)	74,5 (-19,4)	74,5 (-17,5)
Agrarische Rohstoffe	92,6 (-3,5)	81,7 (-11,8)	81,3 (-11,8)	79,0 (-13,6)	78,1 (-15,9)	77,9 (-17,3)	74,4 (-21,3)	74,6 (-19,2)
NE-Metalle	89,8 (2,0)	73,1 (-22,5)	69,8 (-25,3)	69,7 (-24,8)	69,0 (-26,4)	69,8 (-21,5)	67,5 (-21,8)	67,6 (-19,1)
Energierohstoffe	86,5 (-3,5)	64,6 (-26,0)	60,6 (-25,9)	60,3 (-26,9)	58,7 (-30,3)	63,4 (-24,9)	61,7 (-31,4)	56,5 (-34,8)

<sup>a</sup> 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.